



# DEUTSCHER PARLAMENTARISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0896890

P/XIV/11 - 14. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Neue Nuancen Gegenvorschläge des Westens - die Forderung der Stunde	80
2 - 3	Die Flugsicherung in der Bundesrepublik Eine aktuelle Betrachtung nach der Flugkatastrophe in Rio de Janeiro Von H.G. Ritzel, MdB	90
4 - 5	Die Entwicklungsländer und wir Von Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, Botschafter a.D.	106
6 - 7	Wird der Mensch in der Sowjetunion aufgewertet? Zur sowjetischen Strafrechtsreform	73

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Neue Nuancen

sp - Seit Dienstag abend ist die internationale Diskussion über Moskaus Deutschlandvorschläge um einige Nuancen reicher geworden. Beginnen wir bei uns selbst, in der Bundesrepublik.

Nach der ursprünglichen Forderung Adenauers und Brentanos von Montag nachmittag, man könne und dürfe keine Gegenvorschläge machen, hat der Außenminister am Dienstag nachmittag plötzlich entdeckt, daß der Hinweis in der Sowjet-Note auf die Vorkonferenz vielleicht doch ein geeigneter Ansatzpunkt zu Verhandlungen sei.

Man fragt sich unwillkürlich, was nach dieser Erklärung von Brentanos die Schimpferei auf den SPD-Pressedienst bedeuten soll. Hat man im Bonner Auswärtigen Amt 24 Stunden vorher diesen von Außenminister jetzt selbst herausgestellten Ansatzpunkt entdeckt? Wenn das der Fall sein sollte, dann wären die Reden Adenauers und von Brentanos vor dem Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am Montag nachmittag noch schärfer zu verurteilen.

Das Präsidium der SPD und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer haben eindeutig erklärt, daß einerseits die Moskauer Vorschläge nicht annehmbar seien, andererseits für den Westen jedoch die Verpflichtung bestehe, Gegenvorschläge zu entwickeln. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der Entwicklung von Gegenvorschlägen die Regierung der Bundesrepublik vorangehen muß. Sie muß eigene Initiative entwickeln, denn schließlich können wir auch von unseren westlichen Freunden nicht erwarten, daß sie für die Wiedervereinigung Deutschlands mehr zu tun gewillt sind als wir Deutschen selbst.

Die zweite neue Nuance der internationalen Diskussion über Deutschland, sind die Erklärungen des amerikanischen Außenministers Dulles. Auch er hat den Sowjetvorschlag abgelehnt. Dulles hält es jedoch für möglich, daß auch andere Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands führen könnten, als der bisher prinzipiell geforderte Weg über freie Wahlen als erster Etappe zur Überwindung der Spaltung.

Dulles ging sogar noch weiter. Er sprach von einem "gemeinsamen Kern" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion", der in dem beiderseitigen Wunsch nach Gesprächen zu erblickt sei.

Das ist sehr viel für einen Foster Dulles. Wenn Worte einen Sinn haben, bedeuten die Ausführungen des amerikanischen Außenministers den Hinweis auf die Entwicklung einer elastischen amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Auch in der Deutschlandfrage! Selbst wenn man diese Absicht eines Mann wie Dulles nicht unterstellen wollte, muß man erkennen, daß in seinen Erklärungen nicht nur die Ablehnung des letzten Moskauer Deutschlandvorschlages enthalten ist, sondern ganz offenbar auch die Bereitschaft, westliche Gegenvorschläge zu entwickeln, die eine Verhandlungsgrundlage sein könnten.

14. Januar 1959

Außenminister Dulles widerlegt damit die These seines Freundes Adenauer, der am Montagnachmittag die Entwicklung von westlichen Gegenvorschlägen noch für schädlich gehalten hatte.

Ebenso überraschend wie die Erklärungen des amerikanischen Außenministers sind die Hinweise, die der Sowjetbotschafter in Bonn, Smirnow, am Dienstagabend einem Vertreter der Nachrichteneigentur UPI auf die Meinung in Moskau zu den Deutschlandvorschlägen seiner Regierung gegeben hat. Smirnow erklärte, niemand habe damit gerechnet, daß alles gleich in Bausch und Bogen angenommen werde. Man müsse eben Gegenvorschläge machen und auf diese Weise ins Gespräch kommen. Vielleicht zeige es sich dann, daß die Anregungen von der anderen Seite sogar besser sind. Der Botschafter wies darauf hin, daß die Friedensverhandlungen mit Österreich fast vier Jahre gedauert hätten, ehe sie zu einem positiven Ende gekommen seien. Man müsse aber schließlich einmal anfangen. Nach Ansicht Smirnows kann - laut UPI - eine Friedenskonferenz in acht oder zehn Wochen "erst einmal anlaufen" und "jeden der Vier Großen" Gelegenheit bieten, seine Meinung zu sagen und Vorschläge zu unterbreiten.

Damit schließt sich der Kreis. Die von der Opposition aufgestellte These, daß einseitige Vorschläge einer ehemaligen Siegermacht selbstverständlich keine Verhandlungsgrundlage seien und daß die anderen ehemaligen Siegermächte durch Gegenvorschläge eine wirkliche Verhandlungsgrundlage schaffen müßten, wird jetzt zum Fundament einer realen Politik.

Oder will heute noch jemand behaupten, daß Adenauers bisherige Politik der sogenannten Stärke uns auch nur einen Schritt der Wiedervereinigung nähergebracht hätte? Seit den Moskauer Verhandlungsangeboten von 1952 und 1954 ist der Preis für die Lösung der Deutschlandfrage immer höher geworden. Wer die Irrtümer der Vergangenheit nicht erkennt und wer instinktiv darauf beharrt, die Kette der früheren Fehler zu verlängern, der macht - um nicht etwa Schlimmeres zu sagen - Politik im luftleeren Raum. Es ist und bleibt die Aufgabe der deutschen Bundesregierung, endlich initiativ zu werden, um gemeinsam mit den Westmächten einen Beitrag zur Entwicklung neuer Diskussionsgrundlagen für die Lösung des Deutschlandproblems zu leisten.

+ + +

## Die Flugsicherung in der Bundesrepublik

Von H.G. Ritzel, MdB

Das schreckliche Unglück, das ein Flugzeug der Deutschen Luft-  
hansa vor der Landung in Rio de Janeiro betroffen hat und das 36 To-  
desopfer forderte, wirft die Frage auf, was in der Bundesrepublik  
Deutschland in Interesse der Flugsicherung geschieht.

Wir haben als Grundlage der Flugsicherung ein vom Bundestag am  
23. März 1955 beschlossenes Gesetz, das die Schaffung einer Bundes-  
anstalt für Flugsicherung ermöglichte und die bis dahin von den Be-  
satzungstruppen ausgeübte Flugsicherung in deutsche Hände legte. Die  
Bundesanstalt hat die Aufgabe, die Sicherung der Luftfahrt, insbeson-  
dere durch Luftverkehrskontrollen einschließlich Bewegungslenkung,  
Flugsicherungsberatung, Alarmdienst, Luftnachrichtenübermittlung und  
Flugnavigationshilfen durchzuführen. Die Zentralstelle der Bundesan-  
stalt für Flugsicherung ist in Frankfurt/Main. Die Bundesanstalt ver-  
fügt über 13 Außenstellen und 62 Außen-Nebenstellen. Außenstellen  
sind die Flugsicherungsleitstellen in Frankfurt/M., München und Han-  
nover, die Flugsicherungsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Bremen,  
Köln, Nürnberg und Stuttgart, das Büro der Nachrichten für Luftfah-  
rer in Frankfurt/M., die Maß- und Versuchsstelle in Frankfurt/M., das  
Flugsicherungszentrallager in Frankfurt/M., die Flugsicherungsschule  
in München. Außen-Nebenstellen sind teils bemannte, teils unbemannte,  
abseits der Außenstellen im ganzen Bundesgebiet verstreut liegende  
Funksende-, Funkempfangs- und Radarstationen, Decca-Stationen und Funk-  
navigationssysteme auf Luftstraßen. Der Haushalt der Bundesanstalt  
für Flugsicherung schloß im Jahre 1958 mit einem Bundeszuschuß von  
DM 35.355.200 ab. Nach dem Haushaltsplanentwurf 1959 erhöht sich die-  
ser Bundeszuschuß auf DM 35.043.400.

Die Bundesanstalt verfügt bisher über 93 Beamte, die wegen des  
Anwachsens der Aufgaben um vier Stellen vermehrt werden sollen. Sie  
verfügt außerdem über 1 295 Angestellte und 92 Arbeiter, zusammen al-  
so über 1 387 nicht beamtete Kräfte, deren Zahl auch infolge des stei-  
gen Anwachsens der Aufgaben und aus Sicherheitsgründen im Rechnungs-  
jahr 1959 auf insgesamt 1 592 Angestellte und Arbeiter erhöht werden  
soll. Bei den Angestellten handelt es sich in der Hauptsache um tech-  
nisch hochqualifizierte Personen, die im Dezernat Luftraumorganisation  
und Verfahrenplanung, in der Betriebsdurchführung und Betriebslen-  
kung, in der Abteilung Technik, in dem Dezernat Sende- und Empfangs-  
technik und im Kontrolldienst beschäftigt werden. Hauptursache der ver-  
langten Personalvermehrung ist die Erweiterung der bisherigen Aufga-  
bengebiete.

Die Bundesanstalt führt auch Funkvermessungsflüge durch und bil-  
det für die speziellen Aufgaben des Flugsicherungsdienstes geeigneten  
Fachwuchs aus. Die Ergänzung und Unterhaltung der Flugsicherungstech-  
nischen Anlage und Geräte erfordern allein 1,2 Millionen DM, wobei  
der Verschleiß der Sende- und Empfängerrohren durch den Tag- und Nacht-

betrieb besonders ins Gewicht fällt. Die Röhrensätze müssen im Durchschnitt drei- bis viermal im Jahr ausgewechselt werden.

Im Flugsicherungsdienst werden in zunehmendem Maße insbesondere Radaranlagen eingesetzt. In den Haushaltsjahren 1956 und 1957 wurden einige deutsche Funksicherungsflotsen auf einer englischen Funksicherungsschule in der Bedienung von Radaranlagen ausgebildet. In dem Bericht der Bundesregierung zum Entwurf des Haushaltsplanes 1959 wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der für die Besetzung der Radaranlagen im Bereich der Bundesanstalt für Flugsicherung noch erforderlichen Radarflotsen so groß ist, daß ihre Ausbildung bei der Flugsicherungsschule in München weitergeführt werden muß. Das Ausbildungsprogramm sieht vor, daß u.a. jeder Funksicherungsflotse vom Radargerät am Boden aus eine bestimmte sehr hohe Anzahl von Übungsflügen durch Funksprechenweisung an das Flugzeug leiten muß. Zu diesem Zweck benötigt die Flugsicherung auch ein Übungsflugzeug. Je Lehrgangsteilnehmer werden etwa 200 wirkliche Anflüge ausgeführt, ehe die Berechtigung zur Ausübung des Dienstes erteilt werden kann. Die angegebenen Anflüge lassen sich nach dem vorliegenden Bericht nicht durch Unterricht am Radar-Simulator ersetzen.

Bevor die Bundesanstalt für Flugsicherung errichtet wurde, stand - wie erwähnt - das Material und sonstige Gerät der alliierten Besatzungsmächte zur Verfügung. Nachdem mußten die flugsicherungstechnischen Einrichtungen besonders aus Bundesmitteln beschafft werden. Im Rechnungsjahr 1957 wurden hierfür 4,9 Millionen DM ausgegeben, im Rechnungsjahr 1958 7,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt, und im Rechnungsjahr 1959 sollen erneut 5,8 Millionen DM für diesen Zweck bewilligt werden. Die Verwendung erfolgt im einzelnen als Navigationshilfen auf Luftstraßen, worunter Funkfeuer, Fächermarkierungsfunkfeuer, Abstandsmeßanlagen, Sichtpeilanlagen usw. zu verstehen sind. Für Landehilfen auf Flugplätzen und für Radaranlagen, insbesondere für Landeanlagen einschließlich Schirmbildübertragungen, für Rollfeldüberwachung, für Höhenmeßanlagen, für Radargeräte im Nahverkehrsbereich und für Luftstraßen werden erhebliche Mittel im Rahmen der neu angeforderten 5,8 Millionen DM benötigt.

Die Endsumme der Bundesleistung für Flugsicherung mit mehr als 35 Millionen DM und der ungeheuer komplizierte Betrieb, der eine unvorstellbare nervliche Belastung für die Beteiligten darstellt, geben die Gewißheit, daß im Rahmen der Bundesrepublik und durch die zahlreichen Einrichtungen der Bundesanstalt für Flugsicherung alles, was menschenmöglich ist, getan wird, um den Flugsicherungsdienst so auszustatten, daß ein Unglück, wie es in Rio de Janeiro eintrat, nach Möglichkeit vermieden werden kann. Trotz aller Technik aber bleibt der Letzte entscheidende Faktor der Mensch mit seiner Nervenkraft und seiner Nervenbelastung.

## Die Entwicklungsländer und wir

Von Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, Botschafter a.D.

Diese auf eine sehr aktuell bezogene Situation gehaltenen Ausführungen machte der frühere deutsche Botschafter E.W. Meyer in Neu Delhi im Berliner Sender Rias. Wir geben sie nur unwesentlich verkürzt wieder.

Der Besuch Strotewchls in Kairo und die bei dieser Gelegenheit vereinbarte Aufnahme konsularischer Beziehungen zwischen Ägypten - oder besser der Vereinigten Arabischen Republik - einerseits und der DDR andererseits haben bei uns alsbald Erörterungen vielfacher Art ausgelöst. Man fragt, ob die Bundesrepublik ihre bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Ägypten nunmehr abbrechen müsse oder solle. Eine deutsche Wirtschaftsdelegation, die wegen deutscher Beteiligung am Bau des Assuan Damms demnächst nach Ägypten fahren sollte, wird nun zu Hause bleiben. Hiermit ist also nicht nur das Problem diplomatischer oder konsularischer Beziehungen, sondern auch das Sonderproblem der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer, zu denen Ägypten gehört, in seiner allgemeinen Grundsätzlichkeit aufgeworfen, und zwar insbesondere für alle jene Entwicklungsländer, die von den beiden großen militärischen und politischen Blöcken sich fernhalten.

Die Länder unserer Erde sind in der Mehrzahl noch Entwicklungsländer. Eine der größten Revolutionen in der Geschichte der Menschheit ist bei ihnen im Gange. Für Deutschland ist die Bedeutung sogar zusätzlich groß. Wir benötigen nämlich die Freundschaft mit ihnen auch deshalb, weil wir die Länder für eine Unterstützung unserer Niedervereinigung gewinnen wollen. Vielleicht werden sie namentlich dann zu helfen berufen sein, wenn der West- und Ost-Block sich von sich aus nicht einigen würden. Dies besagt selbstverständlich nicht, daß wir ihnen nachlaufen sollten. Die Würde unseres großen eigenen Volkes und die Würde jener großen Entwicklungsländer verböte es in gleicher Weise. Wie also können wir am besten - und das heißt immer zum wechselseitigen Nutzen - die Aufgabe meistern?

### "Eurafrika" - kolonialer Beigeschmack

Wir begehen, wie ich glaube, einen Fehler, wenn wir etwa von "Eurafrika", d. h. einer europäisch-afrikanischen Schicksalsgemeinschaft sprechen. Die Vokabel Eurafrika hat einen kolonialen Beigeschmack oder wirkt aufdringlich. Die Afrikaner haben allermeist viel größere Neigungen zu Asien als zu Europa dokumentiert. Überhaupt werden wir uns wahrscheinlich klar darüber zu sein haben, daß durch Wirtschaftspolitik, und zwar namentlich wenn sie mit politischen Absichten verknüpft ist, keine Freundschaft erkauf werden kann.

Weiterhin fördern wir unsere Aufgabe nicht, wenn wir plump verkünden, daß unsere Wirtschaftshilfe dem Kampfe gegen den Kommunismus gelte. Wir laufen Gefahr, auf solche Weise uns selbst heranzusetzen. Es kommt hinzu, daß die ewige Betonung politischer Glaubenssätze uns in den Entwicklungsländern wenig hilft, weil die Bewohner jener Länder meist sehr arm sind und für politische Ideologien herzlich wenig Interesse besitzen. Sie wollen Brot, Kleidung und Behausung. Aber ob ihnen zu besseren Lebensbedingungen verholfen wird, durch den Kommunismus oder die Demokratie, ist jedenfalls dem Manne auf der Straße verständlicherweise gleichgültig.

## Die Entwicklungsländer und wir

Von Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, Botschafter a.D.

Diese auf eine sehr aktuell bezogene Situation gehaltenen Ausführungen machte der frühere deutsche Botschafter E.W. Meyer in Neu Delhi im Berliner Sender Rias. Wir geben sie nur unwesentlich verkürzt wieder.

Der Besuch Grotewohls in Kairo und die bei dieser Gelegenheit vereinbarte Aufnahme konsularischer Beziehungen zwischen Ägypten - oder besser der Vereinigten Arabischen Republik - einerseits und der DDR andererseits haben bei uns alsbald Erörterungen vielfacher Art ausgelöst. Man fragt, ob die Bundesrepublik ihre bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Ägypten nunmehr abbrechen müsse oder solle. Eine deutsche Wirtschaftsdelegation, die wegen deutscher Beteiligung am Bau des Assuan Damms demnächst nach Ägypten fahren sollte, wird nun zu Hause bleiben. Hiermit ist also nicht nur das Problem diplomatischer oder konsularischer Beziehungen, sondern auch das Sonderproblem der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer, zu denen Ägypten gehört, in seiner allgemeinen Grundesätzlichkeit aufgeworfen, und zwar insbesondere für alle jene Entwicklungsländer, die von den beiden großen militärischen und politischen Blöcken sich fernhalten.

Die Länder unserer Erde sind in der Mehrzahl noch Entwicklungsländer. Eine der größten Revolutionen in der Geschichte der Menschheit ist bei ihnen im Gange. Für Deutschland ist die Bedeutung sogar zusätzlich groß. Wir benötigen nämlich die Freundschaft mit ihnen auch deshalb, weil wir die Länder für eine Unterstützung unserer Wiedervereinigung gewinnen wollen. Vielleicht werden sie namentlich dann zu helfen berufen sein, wenn der West- und Ost-Block sich von sich aus nicht einigen würden. Dies besagt selbstverständlich nicht, daß wir ihnen nachlaufen sollten. Die Würde unseres großen eigenen Volkes und die Würde jener großen Entwicklungsländer verböte es in gleicher Weise. Wie also können wir am besten - und das heißt immer zum wechselseitigen Nutzen - die Aufgabe meistern?

### "Korafrika" - kolonialer Beigeschmack

Wir begehen, wie ich glaube, einen Fehler, wenn wir etwa von "Korafrika", d. h. einer europäisch-afrikanischen Schicksalsgemeinschaft sprechen. Die Vokabel Korafrika hat einen kolonialen Beigeschmack oder wirkt aufdringlich. Die Afrikaner haben überhaupt viel größere Neigungen zu Asien als zu Europa dokumentiert. Überhaupt werden wir uns wahrscheinlich klar darüber zu sein haben, daß durch Wirtschaftspolitik, und zwar namentlich wenn sie mit politischen Absichten verknüpft ist, keine Freundschaft erkaufte werden kann.

Weiterhin fördern wir unsere Aufgabe nicht, wenn wir plump verkünden, daß unsere Wirtschaftshilfe dem Kampfe gegen den Kommunismus gelte. Wir laufen Gefahr, auf solche Weise uns selbst herabzusetzen. Es kommt hinzu, daß die ewige Betonung politischer Glaubenssätze uns in den Entwicklungsländern wenig hilft, weil die Bewohner jener Länder meist sehr arm sind und für politische Ideologien herzlich wenig Interesse besitzen. Sie wollen Brot, Kleidung und Schulausgang. Aber ob ihnen zu besseren Lebensbedingungen verholfen wird, durch den Kommunismus oder die Demokratie, ist jedenfalls dem Kerne auf der Straße verständlicherweise gleichgültig.

### Unerbeteene Berater

\*Auch helfen wir unserer Aufgabe nicht, wenn wir - sagen wir - nur in Europäischen-, oder NATO-, oder Weltbank-, oder Westlichen Rahmen Hilfe leisten. Gewiß, große Projekte, wie etwa der Assuan-Damm, werden zweckmäßig im Wege internationaler Zusammenarbeit fertig zu stellen sein. Aber in der Regel wird die Wirtschaftshilfe durch Zusammenarbeit eines einzigen Geber- und Empfänger-Landes, d. h. bilateral zu leisten sein. Es wäre sinnlos, Zement-, Papier- und Zuckerfabriken durch Welt-Organisationen zu erbauen.

Wir erschweren uns unsere Aufgabe auch dann, wenn wir als unerbeteene Berater auftreten. Die meisten jungen Regierungen der Entwicklungsländer wollen nicht vom frühen Morgen bis zum späten Abend sich darüber belehren lassen, ob sie zuerst die Landwirtschaft oder die Industrie zu modernisieren hätten. Sie werden Rat gern annehmen, aber nur wenn er in vernünftigen Grenzen geboten wird, d. h. ohne Vorschrift der Wirtschaftspolitik, sei es einer mehr oder minder freien oder einer gebundenen Wirtschaft.

Endlich ist zu sagen: Frankreich ist unser Freund und wird es hoffentlich bleiben. Trotzdem verträgt unsere Politik der Wirtschaftshilfe es nicht, daß wir mit der französischen Kolonialpolitik identifiziert werden. Allmählich werden wir ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Anti-Kolonialismus abzulegen haben. Denn der Kolonialismus ist zu Ende gegangen, auch wenn es manche unserer Freunde noch nicht erkennen oder bekennen. Je selbständiger und klarer wir uns in dieser Hinsicht äußern, umso mehr werden wir im letzten Effekt sogar unseren Freunden nützen. Alles, was noch den Anschein des Kolonialismus an sich trägt und uns als dessen Verbündeten erscheinen läßt, erzeugt bei den einstigen Kolonialvölkern eine tiefe Enttäuschung, und zwar gerade Deutschland gegenüber, weil wir seit Ende des ersten Weltkrieges nach kurzem Kolonialbesitz keine Kolonien mehr hatten.

### Mehr Studentenförderung

Selbstverständlich darf sich ferner unsere Wirtschaftshilfe nicht mit dem Bau von Fabriken und mit Krediten erschöpfen. Nicht minder wichtig ist es, technische Lehrstätten in den Entwicklungsländern zu errichten, aus denen tüchtige Meister und Techniker hervorgehen. Unsere eigenen Universitäten und technischen Hochschulen werden sich dem Nachwuchs aus den Entwicklungsländern weit zu öffnen haben. Wir sind in dieser Hinsicht noch sehr zurück, beispielsweise gegenüber England, das 40.000 Studenten der Entwicklungsländer aufgenommen hat, gegenüber nur 5.000 bei uns selbst. Auch werden wir unsere ausländischen Gäste besser zu betreuen haben als bislang es der Fall war. Wenn diese unzufrieden in ihre Heimat zurückkehren, wären sie besser niemals gekommen. Denn sie würden als enttäuschte Freunde eher unsere Feinde geworden sein. Erfolgreicherweise ist dies mancherorts in Deutschland bereits begriffen worden, aber viel bleibt noch zu tun.

### Abbruch der Beziehungen?

Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer ist eine sehr wichtige, sehr vielseitige und sehr zukunfts-trächtige Angelegenheit. Ebenso dürfte sich aus solcher Gründen ergeben, daß mögliche Konflikte wie jener zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Bundesrepublik wegen der Vielfalt von Ursachen und Folgen nicht übersteigert werden dürfen. Namentlich wäre ein Abbruch diplomatischer Beziehungen eine schwerwiegende Maßnahme. Einst kündigte man diplomatische Beziehungen nur auf, wenn ein Krieg unmittelbar bevorstand. Grundsätzlich ist sicherlich festzuhalten: Je schwieriger sich die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern gestalten, desto mehr ist die Anwesenheit und nicht die Abwesenheit von Diplomaten an Ort und Stelle von Nutzen. Denn dann haben die Diplomaten ihre eigentlich größte Aufgabe zu erfüllen. + + + - 6 -



Wird der Mensch in der Sowjetunion aufgewertet?

ok. Werden die Sowjets "härter" oder werden sie "weicher"? Die schrecklichen Vereinfacher geben, je nach politischem Standort und Interesse, einmal diese, einmal jene Antwort. Jeder sucht sich das heraus, was in seinen Streifen passt. Die sowjetische Politik fährt auf vielen Gleisen - und damit manchen Krenl-Astrologen hoffnungslos in die Irre.

Jedenfalls geht der Transformationsprozess in der sowjetischen Innenpolitik weiter. Einer Vielzahl von Auflockerungsmaßnahmen, in denen die ganz Optimistischen eine "Liberalisierung" des Regimes sehen, folgt nun die vom Obersten Sowjet beschlossene Strafrechtsreform. Zwar bleibt die Todesstrafe für Spionage, Terrorakte, Landesverrat und Mord bestehen - die höchste Freiheitsstrafe aber wird von 25 Jahren auf zehn herabgesetzt; in besonderen Fällen soll es noch 15 Jahre geben.

Mit diesen Änderungen wäre wenig getan, würden bisher wesentliche Prinzipien des sowjetischen Rechts nicht geradezu auf den Kopf gestellt. Das gilt vor allem für den Entschluß, künftig die Last der Beweisführung nicht mehr dem Angeklagten aufzubürden, sondern dem Ankläger zuzuweisen. Für westliche Ohren hört sich das seltsam an, weil dieses Rechtsprinzip selbstverständlich erscheint. Für die Sowjetunion ist es nicht selbstverständlich. Zwar hat sich seit dem XX. Parteitag der KPdSU in der Sowjetunion manches geändert, zwar sind die Zwangsarbeitslager aufgelöst - der Angeklagte vor einem sowjetischen Gericht hatte bisher immer noch eine wenig aussichtsvolle Position. Er musste dem Richter nachweisen, dass er unschuldig ist, nicht umgekehrt.

Einen bösen Anschauungsunterricht von dieser Form der Rechtspflege haben in den ersten Jahren nach 1945 auch Tausende von Mitteldeutschen bekommen: Völlig Unschuldige wurden brutal durch die Mühlen der Militärtribunale gedreht und kamen als zu 25 Jahren Zwangsarbeit oder Zuchthaus Verurteilte wieder heraus. Die unsinnigsten Beschuldigungen mussten herhalten, um politisch unzuqueme Menschen auszuschalten. Der isoliert in seiner Zelle sitzende Häftling konnte zusehen, wie er von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen loskommt: Entlastungszeugen wurden nicht gehört.

In der Sowjetunion war es nicht anders. Eine gerade Linie führt von den Prozessen der 30er Jahre bis in die spät-stalinsche Ära und darüber hinaus. Der Mensch galt nichts, die Staatsraison, der Terror alles. Die Sowjets haben inzwischen erkannt, dass mit diesen Praktiken keine echte Festigung des Staats möglich ist, dass sie - innen und aussen - nur Schaden anrichten und der Gesellschaft zum Teil unentbehrliche Kräfte entziehen.

Die Strafmündigkeit wird künftig bei 16 und nicht mehr bei 14 Jahren beginnen. Auch das sollte man beachten. Nach dem Beschluss des Obersten Sowjets wird es ein Ende haben mit der Verurteilung von Kindern, die, noch ungeschützter als die Erwachsenen, ein Schicksal auf sich zu nehmen hatten, das der Staat befahl. Auch mit der willkürlichen Auslegung des sowjetischen Strafgesetzbuches werden es die Richter schwerer haben: nach dem bisher üblichen Analogie-Prinzip soll niemand mehr verurteilt werden; die Strafrechtsparagrafen sind präziser gefasst und niemand kann für ein Delikt zur Verantwortung gezogen werden, das nicht ausdrücklich im Gesetz genannt ist.

Schon das alte Russland hatte seine Freiheitsstrafen, die wir zu Recht barbarisch nennen: Verbannung, lebenslängliches Gefängnis. Bis in die jüngste Zeit hinein war der Häftling in seinen Amnestiehoffnungen dem blinden Zufall ausgeliefert. Vorzeitige Entlassungen erfolgten nur auf administrativen Wege, Revision eines Urteils war so gut wie unmöglich, niemand konnte juristisch etwas in seiner Sache tun. Die aus sowjetischer Haft entlassenen Deutschen wissen ein Lied von dem "Lotteriespiel" ihrer Begnadigung zu singen: Menschen, die tatsächlich in irgendeiner Form gegen sowjetische Strafbestimmungen verstossen hatten, kamen nach relativ kurzer Zeit wieder frei - völlig Unschuldige, Kinder, harmlose Frauen saßen sechs, acht und zehn Jahre. Künftig sollen vorzeitige Entlassungen nur noch auf Gerichtsbeschluss erfolgen.

Die sowjetische Strafrechtsreform berechtigt zum Optimismus, freilich zu keinem himmelstürzenden. Die kommunistische Staatsraison wird weiter ihre Opfer fordern. So sind beispielsweise alle nicht-rückkehrenden Emigranten mit der Todesstrafe bedroht und das Delikt von Spionage oder Landesverrat, von Terrorakt oder Banditentum bleibt weit gefasst und lässt für unsere Begriffe zuviel Spielraum in der Auslegung. Trotzdem: das sowjetische Recht wird verndäufiger und menschlicher: es nähert sich damit um ein wesentliches Stück der westlichen Rechtsprechung. Dass dabei der aussenpolitische Effekt hinter den innenpolitischen Notwendigkeiten rangiert, ist selbstverständlich. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel